

perspektiven

Rundbrief der LOBBI
9 / Sommer 2013



Prozessbeobachtung – Rückblick 2012 – Drohkulissen
M-V und der *Nationalsozialistische Untergrund* – Rassismus gegen Flüchtlinge

Lieber Leser,
liebe Leserin,

mit dem Slogan »Lichtenhagen kommt wieder!«, besprühten GegnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Güstrow in der Nacht zum 20. April das Haus des Bürgermeisters. Rassismus, der nicht erst mit den Morden des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)* eine tödliche Dimension erhielt, ist kein isoliertes Phänomen der rechten Szene. Unterschriftenlisten gegen Flüchtlingsheime, Empörungen auf BürgerInnenversammlungen und Ressentiments in der Bevölkerung ermöglichen es Nazis, mit ihren Forderungen problemlos anknüpfen zu können.

Dieser Newsletter beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Rassismus und seinen Auswüchsen in der aktuellen Debatte um die Unterbringung von Flüchtlingen, die mit einigen Argumenten und deren Folgen sehr an ähnliche Debatten aus den 90er Jahren erinnert. Außerdem wird in dieser Ausgabe auf den NSU eingegangen – das Nichthandeln der Landesregierung in MV sowie der Versuch einer kritischen Selbstreflexion von LOBBI in Hinblick auf den NSU-Mord an Mehmet Turgut in Rostock.

Nach einer längeren Pause wird die LOBBI nun wieder regelmäßig **Perspektiven** aufzeigen.

Impressum:
PERSPEKTIVEN / Juli 2013
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395.455 07 18
mail@lobbi-mv.de
V.i.s.d.P.: Robert Schiedewitz
Titelfoto: (Überarbeitete) Rechte Parole
am Wohnhaus des Güstrower Bürgermeisters nach Bekanntwerden der Einrichtung eines Flüchtlingsheimes in der Stadt.

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per Mail erhalten wollen

Zwei Urteile, wenig Folgen

Am frühen Abend des 11. April 2012 wurden nahe des Anklamer Marktplatzes mehrere nichtrechte Jugendliche und junge Erwachsene von etwa einem Dutzend, zum Teil vermummter, Neonazis angegriffen. Nur zwei der Angreifer mussten sich am 12. November vor dem örtlichen Amtsgericht verantworten. Der zum Zeitpunkt der Tat 29-jährige Hauptangeklagte wurde schuldig gesprochen, zunächst zwei 16-jährige Mädchen mit einem sogenannten *Totschläger* attackiert zu haben. Danach verfolgte er mit den anderen Angreifern einen Mann bis ins *Lilienthal-Center*, wo dieser ebenfalls verletzt wurde. Eine direkte Tatbeteiligung in Form von Schlägen konnte ihm hierbei aber nicht nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung und zusätzlichen 750 Euro Schmerzensgeld. Der damals 20-jährige Mitangeklagte befand sich ebenfalls in der Verfolgergruppe, konnte jedoch keiner konkreten Handlung überführt werden. Das Verfahren gegen ihn wurde gegen eine Zahlung von 500 Euro eingestellt. Die Staatsanwaltschaft sprach von gezielten Angriffen auf Menschen, die man der alternativen Szene zuordnete. Es soll sich um eine Racheaktion für eine andere Auseinandersetzung gehandelt haben. Nur wenige Wochen später, am Abend des 04. Mai gab es ei-

nen weiteren Angriff, als erneut 10 bis 15 Neonazis eine Gruppe junger Punks durch die Straßen jagte. Zwei 16-Jährige wurden mit Tritten und Schlägen gegen den Kopf verletzt, ein 24-Jähriger wurde bewusstlos geschlagen. Nach drei Verhandlungstagen sah es das Gericht als erwiesen an, dass sich der 19-Jährige Toni R. der Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung in drei Fällen und der 24-jährige Timm L. der zweifachen gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht haben. Beide wurden zu Freiheitsstrafen von je einem Jahr, ausgesetzt auf zwei Jahre Bewährung, verurteilt. Timm L. räumte in einer Erklärung die Tat ein. Toni R. machte keine Angaben, wurde aber durch die Aussage eines anderen Neonazis belastet. Weitere Tatverdächtige, die als Zeugen geladen waren, schwiegen. Unter ihnen befand sich auch der Freefighter Silvio Dahms. Die Betroffenen sehen die Urteile mit gemischten Gefühlen. Zum einen ist die juristische Aufarbeitung für sie ein wichtiger Schritt zur Verarbeitung der Angriffe. Zum anderen bedauern sie, dass nur eine geringe Anzahl der Täter überführt und verurteilt werden konnte. Ferner erleben sie in der Stadt, jenseits des Ermittlungsdrucks, weder eine merkliche Sensibilisierung für ihre Situation, noch neue Initiativen gegen die Dominanz der rechten Szene im Ort. ■

Weiteres Altermedia-Urteil

Am 27. März fällte das Landgericht Stralsund ein weiteres Urteil gegen den Betreiber der neonazistischen Internetplattform *Altermedia*. Der Stralsunder Axel Möller war zum wiederholten Male wegen Volksverhetzung und Beleidigung angeklagt. Erst im Oktober 2011 wurde er zu einer zweieinhalb-jährigen Haftstrafe verurteilt, die er zur Zeit in der JVA Stralsund absitzt. Diese verlängert sich nun um ein Jahr. Dem Urteil war eine Verständigung zwischen Richterin, Staatsanwalt und Verteidiger vorausgegangen. Durch diese wurden alle Anklagepunkte, die sich auf den Zeitraum vor dem letzten Urteil beziehen, eingestellt. Für die restlichen,

ihm vorgeworfenen Straftaten legte der 48-jährige Möller das geforderte, voll umfassende Geständnis ab. Unter den abgewiesenen Anklagepunkten findet sich ein Artikel vom 25. Juli 2011, in dem er einem Pfarrer aus Gera unter anderem »geistige Syphilis« unterstellt. In den zum Artikel gehörigen Kommentaren fanden sich weitere Beleidigungen und Bedrohungen gegen den Kirchenmann und Menschen christlichen Glaubens. Ein Antrag auf Zulassung einer Nebenklage wurde, vermutlich aufgrund des abzusehenden *Deals*, vorher abgelehnt. Die vorsitzende Richterin bezeichnete Möller als »unbelehrbaren Gesinnungstäter«. ■

Rückblick 2012

Die Zahl registrierter rechter Gewalttaten ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Dennoch zeigt sich die rechte Szene in Mecklenburg-Vorpommern anhaltend aggressiv. Komplexe Bedrohungsszenarien und Einschüchterungsversuche unterhalb der Gewaltschwelle nehmen weiterhin zu.

In der Bilanz für das Jahr 2012 zeichnete die LOBBI mit 59 Angriffen einen Rückgang in der Statistik rechter Gewalt. Über 130 Menschen waren von den Angriffen direkt oder indirekt betroffen. Die LOBBI hat 20 Körperverletzungen sowie 12 versuchte Körperverletzungen, Nötigungen oder schwerwiegende Bedrohungen registriert. Darunter fallen beispielsweise Angriffe auf Punks in Anklam oder Bierflaschenwürfe und Faustschläge auf einen Mann in Wismar. Zielgerichtete Sachbeschädigungen und Brandstiftungen registrierte die LOBBI in 25 Fällen. Dazu gehören noch immer, wenn auch in deutlich geringerer Ausmaß als in den Vorjahren, planmäßige Angriffe auf Parteibüros, sowie konzertierte Buttersäureangriffe auf alternative Projekte in Rostock und Greifswald, wie auch den *Demokratie-laden* in Anklam. Ein großer Teil der Taten war rassistisch motiviert, beinahe ebenso häufig waren politisch Aktive von rechten Angriffen betroffen. In Anbetracht der immer massiver werdenden rassistischen Argumentation gegen Asylsuchende ist gerade in Schwerpunktregionen der rechten Szene, wie Ostvorpommern, zu befürchten, dass es vermehrt zu Anfeindungen kommt. Aus dem allgemeinen Rückgang der Angriffszahlen ließe sich unter anderem ableiten, dass die rechte Szene aufgrund teilweise verstärkten Ermittlungsdrucks bemüht ist, strafrechtlich weniger in Erscheinung zu treten. Außerdem ist anzunehmen, dass durch die Entstehung rechter Dominanzräume, wie zum Beispiel in Anklam oder Grevesmühlen, Strukturen gewachsen sind, die es Neonazis als weniger notwendig erscheinen lassen, gewalttätig zu werden, um ihre Überlegenheitsbestrebungen durchzusetzen. Das Problem rechter Drohkulisen verändert sich damit, wird jedoch nicht kleiner. Vermehrt wenden sich politisch Engagierte an die LOBBI, die regelmäßig mit rechtsmotivierten Anfeindungen kon-

frontiert sind, die nicht der Definition rechter Gewalt entsprechen. Beispiele dafür sind Bitten um Lageeinschätzungen oder Sicherheitsprognosen, zum Beispiel hinsichtlich der Organisation von Veranstaltungen in »rechten Hochburgen«, oder Fragen zum Umgang mit Konfrontationen im sozialen Umfeld, in der Schule oder am Arbeitsplatz. Mit 50 derartigen Beratungsfällen im Jahr 2012, zeichnet sich hier eine klare Zunahme ab (2011: 34). In diesen Beratungsprozessen wird immer wieder deutlich, dass die individuellen Folgen für die Betroffenen häufig ähnlich sind, wie bei der tatsächlichen Anwendung physischer Gewalt.

Das Beratungsangebot der LOBBI wurde insgesamt von knapp 200 Menschen in Anspruch genommen. Über 490 Mal haben die MitarbeiterInnen Menschen in rechtlichen und psychosozialen oder bei Fragen zum Ermittlungs- und Strafverfahren beraten, bei Anträgen und/oder Behördengängen unterstützt – bis hin zur Begleitung bei Gerichtsverhandlungen oder Hilfe im Umgang mit Medien.

Ein weiterer Bestandteil des Angebots sind lokale Interventionen. Diese zielen darauf ab, nicht nur die Situation der direkt Betroffenen, sondern auch in deren Umfeld oder insgesamt in der Region zu verbessern. Nach den wiederholten Übergriffen auf nicht-rechte Jugendliche in Anklam versuchte die LOBBI durch gezielte Pressearbeit, das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Darüber hinaus nahmen die Mitarbeiter an Netzwerk-Gesprächen teil und vermittelten Kontakte, die die Betroffenen selbst ermächtigen sollen, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der Region, der starken Nazi-Szene etwas entgegen zu setzen. Ein mögliches Projekt in diesem Rahmen ist beispielsweise das gemeinsame Arbeiten für die Einrichtung eines alternativen Jugendhauses in Anklam. ■

Chronologie

14.07.2012 / Schwerin

In der Innenstadt wird ein Mann aus einer etwa zehnköpfigen Gruppe heraus zunächst rassistisch beschimpft. Anschließend wird er bespuckt und getreten. Er versucht zu fliehen, wird aber verfolgt. Ein Passant beobachtet den Angriff und bietet dem Betroffenen seine Hilfe an. So gelingt es diesem im Auto des Helfenden zu entkommen.

03.08.2012 / Neustrelitz
(Mecklenburgische Seenplatte)

Unbekannte greifen zum wiederholten Male ein Wahlkreisbüro der *LINKEN* in Neustrelitz an. In der Nacht vom 02.08. zum 03.08. wird eine Fensterscheibe des Büros in der Schlossstraße mit einem faustgroßen Stein eingeworfen.

12.08.2012 / Rostock

Auf ein alternatives Projekt wird ein Brandanschlag verübt. Zwei Vermummte bewerfen das Wohnhaus mit einem sogenannten Molotowcocktail, der jedoch nicht zündet. Mitglieder des Vereins gehen von einer rechten Tatmotivation aus. Dies hält auch die Polizei für wahrscheinlich. Die Häuser des Vereins waren in der Vergangenheit schon mehrfach das Ziel rechter Angriffe. Zuletzt wurden sie im Januar mit Buttersäure attackiert.

31.08.2012 / Lüssow
(Vorpommern-Greifswald)

In der Nacht vom 30. zum 31. August werfen Unbekannte die Fensterscheibe einer Wohnung mit einem großen Feldstein ein, weil an an dieser ein Flyer mit der Aufschrift »Kein Ort für Nazis« angebracht war.

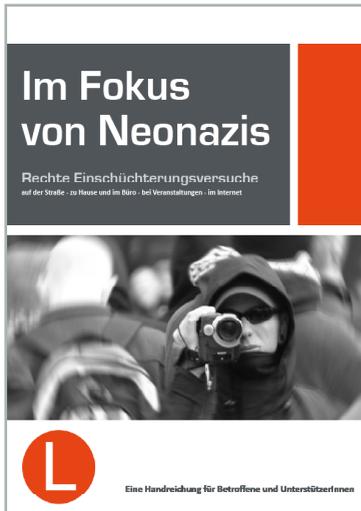
07.09.2012 / Schwerin

Ein offensichtlich betrunkenen Mann zieht randalierend und rechte Parolen brüllend durch die Innenstadt. Dabei droht er unter anderem einem Gastronomen, dessen Restaurant anzuzünden.

15.09.2012 / Landkreis Rostock

Das Wohnhaus einer kurdischen Familie wird attackiert. Die Betroffenen gehen davon aus, dass die Tat von einem Rechten aus dem Ort begangen wurde, der ihnen gegenüber in der Vergangenheit schon mehrfach aggressiv und offen rassistisch auftrat. Die Familie wurde nicht zum ersten Mal angegriffen.

Gesicht Zeigen?



Die LOBBI hat im Jahr 2012 die Broschüre *Im Fokus von Neonazis* veröffentlicht, in der Empfehlungen zum Umgang mit Bedrohungssituationen gegeben und potentielle UnterstützerInnen zu praktischen Schritten animiert werden. Dies war eine Reaktion auf zahlreiche, gezielte Anschläge auf Büros demokratischer Parteien und alternative Kulturzentren. Aber auch durch die Veröffentlichung von Namen und Fotos im Internet oder bedrohlich wirkendes Auftreten bei Veranstaltungen versuchen Neonazis immer wieder Menschen einzuschüchtern, die sich gegen Rechts und für eine offene Gesellschaft engagieren. Die Vermittlung von Handlungssicherheit kann helfen, mit solchen Versuchen selbstbewusst umzugehen. Die Broschüre ist auf Nachfrage in den Regionalbüros der LOBBI erhältlich und als PDF-Datei zu finden unter:

► www.lobbi-mv.de/material/

In Mecklenburg-Vorpommern wächst der zivilgesellschaftliche Protest gegen rechte Aktivitäten. So mobilisierten breite Bündnisse in den vergangenen Monaten zunehmend erfolgreich gegen Naziaufmärsche und -Musikveranstaltungen - etwa in Viereck, Wismar, Wolgast und Güstrow. Doch gerade im überschaubaren ländlichen Raum zögern Menschen, sich in der alltäglichen Auseinandersetzung mit Neonazi-Strukturen und -Einstellungen all zu sehr zu exponieren. Dies ist verständlich - hat man es doch mit einer Szene zu tun, die ihre Gewaltbereitschaft immer wieder in Wort und Tat unter Beweis stellt.

Neonazis wissen um diesen Effekt und verstärken ihn gezielt mit bedrohlich wirkenden Aktionen. »Wir lassen uns nicht einschüchtern!« heißt es dann oft in der Öffentlichkeit. Allerdings ist das manchmal leichter gesagt als getan.

Die guten Erfahrungen aus vielen Orten zeigen: meist ist es möglich in Bündnissen mitzuarbeiten, ohne gleich Angriffen der rechten Szene ausgesetzt zu sein. Doch schon allein die Befürchtung, in den Fokus von Neonazis zu geraten, kann dazu führen, eigenes Engagement einzuschränken oder gar nicht erst zu beginnen. Wollen zivilgesellschaftliche Gruppen den Ausstieg von Mitgliedern verhindern und den Einstieg neuer MitstreiterInnen erleichtern, ist ein offener und rücksichtsvoller Umgang mit diesen Ängsten unerlässlich. Die Kommunikation über Unsicherheitsgefühle sollte deshalb ein unaufgeregter und normaler Bestandteil der Bündnisarbeit sein. Die Heterogenität zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse erfordert dabei das Respektieren unterschiedlicher Herangehensweisen.

Eine gewinnbringende Methode für den Umgang mit der von Neonazis aufgebauten Drohkulisse ist das Besprechen oder gar Durchspielen möglicher Szenarien. Hat man sich im Bündnis, persönlich oder im Freundeskreis auf bestimmte Situationen vorbereitet, erhöht dies die eigene Handlungssicherheit und mindert das Einschüchterungspotential der rechten Szene – selbst wenn diese Situationen gar nicht eintreten.

Wenn Neonazis jemanden wegen des Engagements gegen Rechts im Internet beschimpfen, Scheiben einwerfen oder Hetzflugblätter verteilen, handelt

es sich um eine politische und nicht um eine persönliche Auseinandersetzung. Dies darf nicht das private Problem der Betroffenen bleiben. Neonazis stellen sich gern als VollstreckerInnen eines vermeintlichen »Volkswillens« dar. Nur aktive solidarische Reaktionen zeigen den TäterInnen und vor allem den Angegriffenen selbst, dass dies nicht der Fall ist. Für die Betroffenen können selbst kleinere Vorfälle, die sonst als Bagatellen angesehen werden, äußerst einschüchternd wirken.

Allerdings gibt es oft erschreckend wenige hilfreiche Reaktionen. Zum Teil glauben Menschen, dass sie ja doch nichts tun können. In vielen Fällen sind es aber ganz einfache Schritte, die sehr wirkungsvoll sein können. Wichtigster Punkt: Anteil nehmen, die Betroffenen ansprechen und sich nach ihrer Situation erkundigen. Häufig sind es kleinere praktische Erledigungen oder Aktivitäten, die gerade in den ersten Tagen das Sicherheitsgefühl erhöhen.

Die gezielte und offensive Verunsicherung ihrer GegnerInnen ist in der Regel ein Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins lokaler rechter Szenen. Diesem Dominanzanspruch entgegenzutreten, liegt auch in der Verantwortung staatlicher Akteure.

Tatsächlich besteht aber die größte Chance, die Wirkung rechter Einschüchterungsversuche zu schwächen, in der Kommunikation und Kooperation von Einzelpersonen und Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft. ■

Aufklärung: ungenügend!

Am 6. Mai begann am Oberlandesgericht München der lang erwartete Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Neonazis, die im Terrornetzwerk *Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)* aktiv gewesen sein sollen. Gleichzeitig steht die Arbeit des *Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA)* im Bundestag vor dem Abschluss, während sich Landtagsausschüsse in Thüringen, Sachsen und Bayern weiterhin um Aufklärung bemühen. In Mecklenburg-Vorpommern ist eine vergleichbare Aufarbeitung weiterhin nicht in Sicht.

Der im letzten Oktober vorgestellte Verfassungsschutzbericht 2011 sorgte für einige Überraschung. So wurden nach dessen deutlich verspäteter Erscheinung neue Informationen über das Agieren des NSU in Mecklenburg-Vorpommern und die Rolle von Polizei und Geheimdiensten erwartet. Zwar räumt der Bericht dann auch ein, dass das Bekanntwerden des NSU im November 2011 »zahlreiche Fragen [aufwirft], deren Beantwortung zu Recht eingefordert wird.« Macht aber gleichzeitig klar, dass es »für eine endgültige Bewertung des Geschehens [...] jedoch noch zu früh« sei. Weitere Informationen? Fehlanzeige. Sicher ist man sich dagegen bereits, dass die MitarbeiterInnen des *Landesamtes für Verfassungsschutz (VS)* »seit Ende letzten Jahres unberechtigten Anfeindungen ausgesetzt waren.«

Diese Sichtweise scheint prägend für das Agieren der Landesregierung im Zusammenhang mit den NSU-Verbrechen. Sie verweigerte die mehrfach geforderte Einrichtung eines PUA im Landtag. Statt eine im Dezember 2011 gestellte Anfrage des *Nordkuriers* zur Finanzierung von Strukturen der Nazi-Szene und Aktivitäten des NSU zu beantworten, ließ es das Innenministerium auf einen Rechtsstreit ankommen. Erst nach massivem Druck durch Opposition, Zivilgesellschaft und Medien wurde am 19. Februar 2013 ein Informationsbrief zum Themenkomplex NSU vorgelegt. Doch dieser fasst auf 41 Seiten lediglich die bereits öffentlich bekannten Fakten zusammen. Und selbst dies unvollständig: Mit keinem Wort werden etwa die verwandtschaftlichen Beziehungen des NSU-Mitglieds Bönnhardt nach Rostock erwähnt. Statt dessen wirft die Lektüre neue Fragen auf: Seit wann beschäftigt

sich der Verfassungsschutz mit Drogenkriminalität? Wie ist es sonst zu erklären, dass ausgerechnet diese Behörde im September 2006 einen Hinweis auf mögliche Verstrickungen des NSU-Opfers M. Turgut in Drogengeschäfte lieferte? Hätte sie nicht vielmehr ihre jahrelange Behauptung, es gäbe keine Anzeichen für rechtsterroristische Aktivitäten, hinterfragen müssen?

Leider ist sich auch die demokratische Opposition im Schweriner Landtag nicht einig, wie die Forderungen der Öffentlichkeit nach einer tiefgreifenden und öffentlichen Aufarbeitung gegenüber einer Regierung durchzusetzen sind, die an dieser Stelle scheinbar keinen Handlungsbedarf sieht. So konnte sich die Fraktion der *Grünen* nicht dazu durchringen, sich der Initiative der *LINKEN* zur Einrichtung eines PUA anzuschließen. Die Entscheidung gegen so einen Ausschuss begründete sie zwar ausführlich, konnte jedoch auch keine Alternativen benennen. Auch die fundamentale Kritik der Grünen am VS, dessen Auflösung sie zwischenzeitlich forderten, ist weitestgehend verstummt.

Es bleibt also auch weiterhin migrantischen Organisationen, antirassistischen Initiativen und anderen VertreterInnen einer kritischen Zivilgesellschaft überlassen, sich für eine konsequente und öffentliche Aufarbeitung des Kapitels NSU stark zu machen. Wie notwendig dies bleibt, zeigt auch die Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage zu weiteren, staatlicherseits bisher nicht anerkannten Todesopfern rechter Gewalt: Es gab »keine Anhaltspunkte[...], die eine rechtsgerichtete Tatmotivation begründet hätten.« ■

Schmerzliche Heimat

– *Deutschland und der Mord an meinem Vater*, so heißt das Buch Semiya Şimşeks, der Tochter des ersten Opfers der Neonazi-Mordserie des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)*. Es ist zunächst vor allem ein Andenken an ihren Vater – ein sehr persönliches, emotionales Andenken, das Einblick in die Gefühlswelt von Angehörigen rechter Gewalt bietet. Zugleich veranschaulicht das Buch, welche weitreichenden Folgen alltäglicher Rassismus haben kann.

Die Morde an Enver Şimşek und acht weiteren Unternehmern mit Migrationshintergrund wirkten weit über die Taten selbst hinaus. Nicht nur, dass einer Familie der Vater genommen wurde und in migrantischen Communities Angst vor weiteren Morden herrschte, auch die Familien selbst gerieten in den Fokus der Ermittlungen.

»In den folgenden Monaten trafen die Verdächtigungen uns mit immer größerer Wucht. Auch meinen Vater, über seinen Tod hinaus. Die Ermittlungen infizierten sein Leben nachträglich. Es war paradox: Brutal ermordet worden zu sein, verwandelte meinen Vater posthum in einen Verdächtigen.«

Semiya Şimşeks Erinnerungen werden im Buch durch Auszüge aus den Ermittlungsakten ergänzt, die der Journalist Peter Schwarz zusammengetragen hat. Sie dokumentieren mit der trügerischen Nüchternheit der Beamtenwelt die von Vorurteilen geprägten und diskriminierenden Ermittlungen der Behörden.

Dass der Staat den Mord an ihrem Vater nicht aufklären konnte und maßgeblich dafür mitverantwortlich ist, dass die Mörder über 13 Jahre im Untergrund weitermorden konnten, nahm Semiya Şimşeks Grundvertrauen in ein Land, das sie als Heimat gesehen hatte. Semiya Şimşek hat es wieder verlassen und lebt seit 2011 in der Türkei.

Semiya Şimşek mit Peter Schwarz: *Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater*. Rowohlt. Berlin Verlag, Berlin 2013.

Chronologie

20.09.2012 / Hagenow
(Ludwigslust-Parchim)

Unbekannte beschmieren ein griechisches Restaurant mit rechten Parolen. Außerdem dringen sie in das Gebäude ein und stehlen u.a. Getränke.

22.09.2012 / Schwerin

Während eines Fußballturniers der *Jussos* unter dem Motto »Love Football – Hate Racism« erscheinen drei Rechte. Sie beschimpfen zunächst mehrere Anwesende und versuchen immer wieder die Veranstaltung zu stören. Schließlich stürmt einer von ihnen auf das Spielfeld und schlägt auf einen der Spieler ein. Später versucht er auch die alarmierten PolizeibeamtInnen anzugreifen. Einige Zeit später erscheint erneut eine Gruppe von Personen, die zum Teil ebenfalls mit *Dynamo Schwerin*-Fanartikeln bekleidet sind. Sie erhalten jedoch Platzverweise und es kommt daher zu keinen weiteren Zwischenfällen.

02.10.2012 / Güstrow
(Landkreis Rostock)

Auf ein im Umbau befindliches Gebäude wird ein Buttersäureanschlag verübt. In dem Haus soll eine neue Unterkunft für Asylsuchende eingerichtet werden. Gegen diese Pläne gab es in der Stadt mehrfach Protest, bei denen zum Teil offen rassistisch argumentiert wurde.

05.10.2012 / Wolgast
(Vorpommern-Greifswald)

Am 5. Oktober 2012 gegen 22 Uhr werfen Unbekannte einen Feuerwerkskörper auf ein dort gelegenes AsylbewerberInnenheim. Durch die Explosion wird ein Teil der Fassade eines Balkons gesprengt. Bereits im Vorfeld wurde die Flüchtlingsunterkunft mit rechten Sprümparolen beschmiert und es wurde versucht, die umliegende Bevölkerung mit rassistischen Flyern anzustacheln.

29.10.2012 / Rostock

Etwa fünf Personen beleidigen einen jungen Mann wegen seiner Hautfarbe rassistisch und versuchen in das Haus einzudringen, in dem er sich aufhält. Die alarmierte Polizei kann einen Angriff der mit Baseballschläger und Schlagstock bewaffneten Rechten in letzter Minute verhindern.

Konsequenzen ziehen

Das fünfte Opfer des NSU wurde am 25. Februar 2004 in Rostock umgebracht – der einzige Mord, der in Ostdeutschland verübt wurde. Im Gegensatz zu den anderen Tatorten existierte hier zu dieser Zeit bereits ein Beratungsprojekt für Betroffene rechter Gewalt.

Wer hat versagt?

Drei Dinge dürften mit verhindert haben, dass das rassistische Motiv der Mordserie bei den Ermittlungen erkannt wurde. Der Reflex, den Opfern aufgrund ihres Migrationshintergrunds eine Verstrickung in kriminelle Machenschaften zu unterstellen. Die Missachtung der Einschätzung von Angehörigen und FreundInnen der Opfer. Und der Irrglaube, deutsche Neonazis wären nicht fähig und willens zehn Menschen kaltblütig umzubringen.

Bei aller berechtigten Kritik an Polizei und Geheimdiensten – der Staat ist nicht der einzige Akteur. Als Mehmet Turgut erschossen wurde, erkannten auch wir den rassistischen Tathintergrund nicht. Ein maßgeblicher Grund für die Entstehung der LOBBI war die Erfahrung, dass das Tatmotiv bei rechten Angriffen von den Behörden häufig ignoriert wird. Unser Selbstverständnis beinhaltet explizit das Ziel, dieser Wirklichkeit entgegenzuwirken. Wieso versagte der Ansatz in diesem Fall?

Routinen der Dunkelfeldrecherche

Die LOBBI hat bestimmte Routinen entwickelt, um das Dunkelfeld rechter Gewalt aufzuhellen und den Betroffenen Unterstützung anbieten zu können. So durchsuchen wir regionale Zeitungen nach Meldungen über rechte Angriffe – und eben auch nach Angriffen, die ein rechtes Motiv nicht nennen, aber möglich erscheinen lassen. In der Regel sind dies Artikel, die bestimmte Opfergruppen erwähnen: also etwa Punks, MigrantInnen, Obdachlose. Oder es sind bestimmte Informationen über den Tathergang enthalten, also besondere Orte, benutzte Waffen oder Abläufe. Wir versuchen dann im Rahmen unserer Möglichkeiten zu recherchieren. Eine andere Routine ist die Einbeziehung und Anerkennung der Opferperspektive. Das bedeutet, dass die Be-

troffenen nach ihrer Einschätzung des Tatmotivs gefragt werden und ihnen auch geglaubt wird.

Dieser Ansatz griff zunächst auch nach dem Tod von Mehmet Turgut im Februar 2004. Wir registrierten Presseberichte über den Mord an einem Türken und ordneten die Tat als möglicherweise rassistisch motiviert ein. Daher lief eine Recherche zu dem Fall an. Wir fuhren zum Imbiss, um die Betreiber zu befragen – trafen dort aber niemanden an. Gespräche mit Menschen in der Umgebung brachten keine weiteren Informationen.

Wenige Tage später gab die Polizei bekannt, dass die Tat im Zusammenhang mit einer Mordserie an Imbissbetreibern stehe und Schutzgelderpressung das Motiv sein könnte. Damit endete die Recherche der LOBBI. Warum? Nach acht Jahren ist dies kaum noch genau nachzuvollziehen. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass uns das genannte Tatmotiv nicht unwahrscheinlich erschien. In Rostock sind gewalttätige Auseinandersetzungen im kriminellen Milieu, mit Beteiligten unterschiedlicher Herkunft, schon vorgekommen. Auch der Hinrichtungscharakter und der überregionale Kontext der Tat ist eher in der organisierten Kriminalität zu erwarten. Wir hatten zu dem Zeitpunkt kaum andere Anhaltspunkte. Dennoch bleibt ein ungutes Gefühl. War auch bei uns die Herkunft des Opfers ein Grund, der Polizeiversion ohne weiteres Hinterfragen zu glauben? Dass rassistisch begründete Vorurteile auch bei antirassistischen Projekten zu finden sind, ist uns klar. Spielten derartige Vorurteile hier unbewusst eine Rolle? Nach langen Diskussionen sehen wir das Problem allerdings eher im offenbar noch nicht ausreichend ausgeprägten Misstrauen gegenüber polizeilichen Aussagen. Wir haben uns deshalb nicht an die zweite Routine gehalten. Die Perspek-

tive der Angehörigen und FreundInnen haben wir nach der offiziellen Einschätzung nicht abgefragt. Ansatzpunkte, die Angehörigen zu finden und zu befragen, waren zwar denkbar gering. Allerdings hätten wir den Imbissbetreiber durchaus aufsuchen und befragen können. Dies nicht zu tun, war ein Fehler.

Fehlende Zugänge und falsche Einschätzungen

Die Herkunft des Opfers spielt allerdings an anderer Stelle eine Rolle. Die strukturelle gesellschaftliche Ausgrenzung von MigrantInnen ist uns bewusst. Doch die daraus resultierenden fehlenden Zugänge haben auch wir nicht überwunden und reproduzieren damit diese Ausgrenzung. Von den Einschätzungen der Angehörigen und FreundInnen des Opfers oder auch von den Demonstrationen in Kassel und Dortmund 2006 haben wir nicht erfahren. Bei anderen Zielgruppen rechter Gewalt wäre das kaum vorstellbar. Wenn beispielsweise alternative Jugendliche, Antifas oder linke PolitikerInnen in Mecklenburg-Vorpommern angegriffen werden, bestehen Kontakte und Netzwerke, über die uns in der Regel Informationen erreichen. Zu MigrantInnencommunities und insbesondere Illegalisierten bestehen dagegen kaum Kontakte.

Gleichzeitig haben wir die TäterInnenzene falsch eingeschätzt. Aus unserer Arbeit sind uns die tödlichen Potentiale rassistischer, antisemitischer, sozialdarwinistischer und nationalsozialistischer Ideologien durchaus bewusst. In Mecklenburg-Vorpommern wurden mindestens zehn Menschen aus diesen Motiven umgebracht, in anderen Fällen nahmen die TäterInnen den Tod ihrer Opfer in Kauf. Anschläge, Wehrsportübungen, Waffenfunde, extreme Gewaltphantasien in Liedtexten oder Onlinekommentaren, martialisches Auftreten und positiver NS-Bezug – all das war uns bekannt. Dennoch waren auch wir überrascht und entsetzt. Ob im Februar 2004 oder noch im Oktober 2011: Eine über Jahre hinweg bundes-

weit mordende Untergrundgruppe von Neonazis lag außerhalb unserer Vorstellung und unseres Erfahrungshorizonts. Diese geplanten, vorbereiteten und nüchtern ausgeführten Hinrichtungen passten nicht zu dem, was wir bisher im Zusammenhang mit den eher impulsiven und spontanen Morden durch Neonazis kannten.

Ein weiterer Aspekt war sicher die fehlende Vernetzung nach Westdeutschland. Wären die Morde in den neuen Bundesländern begangen worden, hätte, so unsere These, das bestehende Netzwerk der Opferberatungsprojekte einen möglichen rassistischen Hintergrund der Taten gemeinsam wahrgenommen und diskutiert – spätestens als dieser Verdacht von den Angehörigen direkt geäußert wurde.

Aus den Fehlern lernen

Wir halten unseren Ansatz für wichtig und richtig. Wir sehen uns als Bestandteil der vielen nichtstaatlichen Organisationen, Gruppen, Bündnisse und Einzelpersonen, die in der Vergangenheit oft erfolgreich rechte Strukturen aufdeckten, der Szene aktiv Grenzen setzten und nicht zuletzt in vielen Fällen von rechter Gewalt Druck auf Politik und Behörden ausübten. Dennoch müssen wir angesichts der Mordserie über eigene Konsequenzen nachdenken. Dazu gehört die Analyse und Neubewertung der Gewalt- und Untergrundbereitschaft der deutschen Neonaziszene. Dazu gehört das Vortreiben bundesweiter Vernetzungen, um überregionale Entwicklungen und Übereinstimmungen leichter erkennen zu können. Vor allem gehören dazu aber Überlegungen, wie gerade bei rassistischen Taten die Reproduktion falscher behördlicher Deutungen und eigener Vorurteile vermieden werden kann. Nicht zuletzt ist die stärkere Beachtung der Opferperspektive nach rechten Gewalttaten als politische Forderung an ermittelnde Behörden, wie auch an Antirechtsinitiativen, voranzutreiben. ■

Gekürzte Version eines Artikels, der erstmals im April 2012 im *Antifaschistischen Info-Blatt* erschien.

Chronologie

27.11.2012 / Lüssan
(Vorpommern-Greifswald)

Auf einer Karnevalsveranstaltung wird ein Mann von einem Rechten unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Bereits ein paar Monate zuvor wurde dem Betroffenen nachts in seiner Wohnung eine Fensterscheibe eingeworfen. In dem Fenster hatte er einen Flyer mit dem Slogan »Kein Ort für Neonazis« aufgehängt.

29.11.2012 / Wismar
(Nordwestmecklenburg)

Erneut wird das Gebäude eines alternativen Wohn- und Kulturprojektes Ziel eines Anschlags. Diesmal werden mehrere Scheiben mit Steinen eingeworfen. Das Haus ist in der Vergangenheit wiederholt attackiert worden und die BewohnerInnen gehen davon aus, dass auch dieser Anschlag rechtsmotiviert war.

11.12.2012 / Güstrow
(Landkreis Rostock)

Eine Gruppe von etwa sechs Personen skandiert am Bahnhof rechte Parolen, beleidigt und bedroht PassantInnen. Als Sicherheitsmitarbeiter sie des Gebäudes verweisen wollen, greift eine offensichtlich angetrunkene, junge Frau aus der Gruppe einen von ihnen an. Sie schlägt dem Mann ins Gesicht und bewirft ihn mit einer Flasche. Schließlich greift die Polizei ein und kann die Lage beruhigen.

18.03.2013 / Wismar
(Nordwestmecklenburg)

Erneut wird das alternative Wohn- und Kulturprojekt *Tikozigalpa* Ziel eines Farbanschlags. Die BewohnerInnen des Hauses gehen davon aus, dass die TäterInnen in der Neonaziszene zu finden sind und weisen auf zahlreiche, rechtsmotivierte Angriffe in der jüngeren Vergangenheit hin.

16.04.2013 / Greifswald
(Vorpommern-Greifswald)

Am späten Abend wird eine Gruppe afghanischer Flüchtlinge vor einem Supermarkt von mehreren Männern rassistisch verunglimpft, bedrängt und schließlich attackiert. Als die Betroffenen flüchten wollen, werden sie von den Angreifern verfolgt und zwei von ihnen mit Fäusten ins Gesicht geschlagen.

Naziaktivitäten

Nur wenige Tage nachdem bekannt wurde, dass die Stadt Neustrelitz gemeinsam mit dem Kreis Mecklenburgische Seenplatte nach Objekten sucht, die für die Unterbringung von Flüchtlingen in Frage kämen, versuchte die NPD um ihren Stadtvertreter Marko Zimmermann, im umliegenden Wohngebiet Stimmung zu machen und verteilte Flugblätter. Auf einer Bürgerversammlung trat die rechte Szene jedoch nicht in Erscheinung. Obwohl eine konkrete Unterbringung von Asylsuchenden in Neustrelitz zu keinem Zeitpunkt feststand, folgte am 17. März dennoch eine NPD-Kundgebung unter dem Motto »Kein Asylantenheim in Neustrelitz«.

Auch in anderen Orten wie beispielsweise Neubrandenburg verteilten NPD-Anhänger reflexartig Flugblätter mit rassistischen Inhalten, sobald auch nur Ansatzweise über Unterbringungsmöglichkeiten diskutiert wurde.

Als erster Standort für die Eröffnung eines neuen Flüchtlingsheimes stand im Sommer 2012 Wolgast im Landkreis Vorpommern-Greifswald fest. Auch hier reagierte die NPD vor Ort mit Kundgebung, »Infostand« und Flugblatt-Verteilaktionen und traf damit den Nerv einiger AnwohnerInnen, die sich offen rassistisch zu den Unterbringungsplänen äußerten. Kurz vor dem Einzug der ersten BewohnerInnen in einen Neubau-Block im Norden der Stadt, sprühten Unbekannte an die Fassade »heute sind wir tolerant... morgen fremd im eigen [sic!] Land!!!«

Bisheriger negativer Höhepunkt war ein für den 9. November, dem Datum der Pogromnacht von 1938, geplanter Fackelmarsch der NPD vor das Heim, der jedoch durch Sitzblockaden verhindert werden konnte. Das Tragen von Fackeln war zudem kurzfristig durch das Oberverwaltungsgericht Greifswald untersagt worden.

Aber nicht nur im Osten des Landes machten Neonazis und BürgerInnen gegen Flüchtlinge mobil. Am 01. Oktober 2012 wurde das seinerzeit noch unbewohnte Flüchtlingsheim in Güstrow-Dettmanskorf von Unbekannten mit Buttersäure attackiert. Auch wenn in diesem Fall ein Bekenner schreiben fehlt, verweist das Instrumentarium der Tat auf organisierte Neonazis.

Im April 2013 schmierten Unbekannte die Drohung »Lichtenhagen kommt wieder!« an das Wohnhaus des Güstrower Bürgermeisters. Im Juni, kurz nach dem Einzug der ersten Flüchtlinge folgten mehrere Böllerattacken auf das Gelände der mittlerweile bezogenen Dettmanskorfer Gemeinschaftsunterkunft.

Das Leben in der Isolation

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zwölf Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge. In einigen Landkreisen sollen demnächst neue eröffnet werden, in anderen Landkreisen werden Flüchtlinge zunehmend dezentral untergebracht. Beides stößt nicht selten auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung, woran die Nazis ohne Schwierigkeiten anknüpfen und ihren Mythos von »Asylmissbrauch« verbreiten können. Diese Ablehnung bekommen die Asylsuchenden immer wieder zu spüren. Wir sprachen mit *Rasak* aus Wolgast und *Rafi* aus Anklam über ihre aktuelle Situation.

Rafi ist 16 Jahre und kommt aus Afghanistan. Er geht in Anklam zur Schule und lebt mit seiner Familie in der dortigen Flüchtlingsunterkunft.

Rasak, 18 Jahre, aus Ghana ist allein nach Deutschland gekommen und wohnt in der Gemeinschaftsunterkunft in Wolgast.

Wie lange seid Ihr schon in Wolgast beziehungsweise in Anklam im Flüchtlingswohnheim und wie geht es Euch dort?

Rafi: Wir sind fast 23 Monate in Anklam. Es geht uns immer schlecht und ist langweilig. Die Leute in der Stadt sind unfreundlich und wollen keinen Kontakt mit uns haben.

Rasak: Ich bin seit sechs Monaten in Wolgast. Es ist nicht gut in Wolgast. Die Menschen, die Umgebung, das Heim. Wir können uns nicht verständigen.

Wie würdet Ihr die Situation im Heim und in der Stadt aus Eurer Sicht beschreiben?

Rasak: Es ist wie im Gefängnis. Wir können nichts machen. Alles was wir tun ist essen, schlafen und im Apartment bleiben. Die Menschen draußen haben viel Hass in ihren Herzen. Man sieht den Hass in ihrem Blick.

Rafi: Die frühere Heimleitung war nicht so gut. Sie haben uns nicht geholfen und waren bestimmt gegen uns. Seit sechs Monaten ist es besser. Die Heimleitung hilft uns und ist nett. Trotzdem gibt es keinen Deutschkurs. Meine Eltern sind seit zwei Jahren hier und sprechen kein Deutsch. Ich versuche in der Schule das meiste zu ver-

stehen, aber Sprechen ist immer noch schwierig.

In der Stadt ist es ganz schlecht. Wir haben keinen Kontakt zu den Leuten und sie zeigen uns oft den Mittelfinger. Niemand fragt wie es uns geht oder ob wir etwas machen wollen. Wenn wir zum Beispiel in der *Tafel* [Anm.: kostenlose Ausgabe von Lebensmitteln] etwas zu Essen holen wollen, müssen wir uns immer als Letzte anstellen, egal wann wir gekommen sind und bekommen nur die schlechten Sachen. 90 Prozent der Leute haben ein Problem mit uns. Man kann auch sagen sie hassen uns. Es gibt aber auch Leute, die ok sind; aber sie wollen trotzdem keinen Kontakt.

Habt Ihr Erfahrungen mit rassistischen Anfeindungen gemacht – auf der Straße oder im Heim?

Rafi: Letztes Jahr kamen Autos hier ans Heim und haben geschrien und gehupt. Leute sagen manchmal: »Hier ist kein Ort für Ausländer« oder »Schieß Ausländer« und zeigen uns den Mittelfinger. Zwei oder dreimal wurden uns auch schon Flaschen nachgeworfen auf der Straße und im Park.

Rasak: Es gab solche Situationen. Einmal war ich mit meinem Freund Mahmud unterwegs und ein Typ zeigte uns den Mittelfinger. Dann kam sein Freund und sie wollten mit uns kämpfen. Wir sind gegangen, weil es das nicht wert ist. Ein anderes Mal wollten wir ins Café und eine Gruppe ging vor uns. Sie wollten uns nicht durchlassen und wir haben gemerkt, dass sie uns etwas Böses wollten. Oft starren uns die Leute an und zeigen uns den

Mittelfinger. Wir fühlen uns wie 2Pac „We see no changes, all we see is racist faces“.

An wen wendet Ihr euch, wenn so etwas passiert und welche Erfahrungen habt Ihr damit gemacht?

Rafi: Wenn etwas passiert hat die Heimleitung früher gesagt, das ist unser Problem und wir müssen es alleine lösen. Auch die Wachmänner früher waren schlimm und haben uns nicht geholfen.

Rasak: Wem sollen wir es sagen? Die Mitarbeiter im Heim sind genauso rassistisch. Sie fühlen nicht mit uns. Sie haben keine Sympathie für uns und geben uns die falschen Ratschläge.

Wenn Ihr etwas ändern könntet, was wäre es dann?

Rafi: Wir möchten gerne hier weg, in eine größere Stadt. Wir haben schon einen Antrag auf Umverteilung gestellt, der aber abgelehnt wurde. Wir wollen auch Kontakt haben zu den Leuten. Weder in der Schule noch beim Sport sprechen die Menschen mit uns.

Rasak: Ich will nicht mehr von irgendwem abhängig sein, sondern mein eigenes Ding machen. Ich will woanders leben. Wir wollen arbeiten und für uns selbst sorgen.

Möchtet Ihr noch irgendetwas sagen, worüber wir noch nicht gesprochen haben?

Rasak: Wenn es doch Leute gibt die ein Interesse für unsere Situation haben und die gut sind, freuen wir uns über Unterstützung.

Rafi: Die medizinische Versorgung hier ist ein Problem. Meine Eltern haben Beschwerden und wir alle mussten schon ins Krankenhaus. Dort nehmen sie das Geld vom Sozialamt, aber behandeln uns nicht ordentlich.

Auch die Menschen hier sind ein Prob-

lem. In zwei Jahren hat nie jemand gefragt, wie es uns geht und warum wir hier sind. Ich habe gedacht, die Menschen haben Interesse an Kontakt. In meiner Klasse sind sie vielleicht noch zu jung, um es zu verstehen oder die Eltern haben ihnen den Kontakt verboten oder denken schlecht über Ausländer.

Viele Deutsche hier denken, sie sind keine Ausländer in anderen Ländern, sondern Touristen. Sie können sich nicht vorstellen, dass deutsche Leute mal Krieg hatten. Im Ersten oder Zweiten Weltkrieg sind auch Deutsche nach Afghanistan gegangen. Alle Menschen sind Ausländer, fast überall.

Wo siehst Du Dich in fünf Jahren?

Rafi: Ich will keinen Krieg, ich will meine Ruhe haben. Ich möchte schon in Deutschland leben, aber nicht in Anklam, Sport machen, Informatik studieren. Ich will ein gutes Leben hier haben und nicht so eine große Katastrophe wie jetzt. ■

In Wolgast flogen Ende des vergangenen Jahres ebenfalls Feuerwerkskörper auf das damals neu eröffnete Flüchtlingsheim und beschädigten die Fassade des Hauses.

Auch in Güstrow versuchte die NPD mit einem Aufmarsch, bei AnwohnerInnen Ängste zu provozieren. Anders als in Wolgast, wo teilweise für die Situation der Flüchtlinge sensibilisiert werden konnte, ist in Güstrow seit der Eröffnung eine ungebrochene Stimmung gegen das Heim zu verzeichnen. Unmittelbar nach dem Einzug der ersten Familien wurden rund um das Heim massenweise Aufkleber mit der englischen Aufschrift »Immigrants not welcome« verklebt.

In Neklade bei Bergen auf Rügen wurde diese Botschaft in die Tat umgesetzt. So wurden zwei Männer aus Ghana, kurz nach dem Einzug in ihre neue Unterkunft, dem örtlichen Obdachlosenheim, auf dem Heimweg von mutmaßlichen Neonazis attackiert.

Von der umtriebigen NPD-Kreistagsfraktion in der *Mecklenburgischen Seenplatte* aufgewiegelt, machten sich am 26. Juni 2013 250 BlankenseerInnen auf einer Bürgerversammlung Luft. Der rassistische Protest gegen den Bezug von 14 Wohnungen in einem leerstehenden Haus brachte den Bürgermeister des kleinen Örtchens bei Neustrelitz zu einer Kehrtwende, sodass nicht, wie ursprünglich geplant, 40 Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, sondern nur noch sechs. Am Tag darauf beschloss die Gemeindevertretung, sich dieses Zugeständnis an den Mob vom Kreis schriftlich bestätigen zu lassen.

Auch in Friedland versuchen seit Juni diesen Jahres NPD-Funktionäre mit Flugblättern Stimmung gegen eine mögliche Wiedereröffnung der 2005 geschlossenen Gemeinschaftsunterkunft zu machen. Die Hetze begleitende Anträge in der Friedländer Stadtvertretung blieben jedoch ohne Wirkung.

In Anklam, wo neben einer bestehenden Gemeinschaftsunterkunft neue Flüchtlinge nun dezentral untergebracht werden sollen, flankierte die NPD eine von der Stadt initiierte Bürgerversammlung am 2. Juli mit einer Kundgebung. Auch hier brachten einige AnwohnerInnen offen rassistische Vorurteile an und die Atmosphäre lud sich auf. Bürgermeister und Kreis nutzten jedoch die Gelegenheit, um gegen die Unwissenheit in der Bevölkerung anzugehen.

»Volle Boote« und leere Wohnungen

Seit dem vergangenen Jahr ist in Mecklenburg-Vorpommern eine erneute Debatte um die Unterbringung von Asylsuchenden entbrannt. Gemäß der Verteilung von Flüchtlingen durch den Bund auf die Länder und von dort aus auf die Landkreise müssen die Kommunen nun mehr Wohnraum für Flüchtlinge bereitstellen. Die zuständigen Behörden und politischen MandatsträgerInnen haben durch Versäumnisse und Intransparenz ein Klima geschaffen, das der Neonazi-Szene ideale Anknüpfungspunkte für ihre Propaganda verschafft und die Asylsuchenden zum Spielball rassistischer Hetze macht.

Bereits kurz nach Bekanntwerden der Pläne für neue AsylbewerberInnen-unterkünfte im Jahr 2010 widmeten sich NPD und Kameradschaften fast dankbar in ihren regionalen *Boten*, in Flugblättern und auf ihren Internetseiten der aktuellen Flüchtlingspolitik. Jedoch blieb es in den vergangenen Monaten nicht nur bei der altbekannten Neonazi-Rhetorik von »Überfremdung« und »Asylmißbrauch« und dem Herbeiphantasieren eines nicht zu handhabenden »Ansturms« und auch nicht bei Flugblättern und Infoständen. Denn neben Aufkleber- und Sprühaktionen kam es auch zu gezielten Sachbeschädigungen an Gebäuden bereits bestehender und zukünftiger Gemeinschaftsunterkünfte wie in Wolgast und Güstrow, aber auch zu konkreten Bedrohungen und tätlichen Angriffen auf HeimbewohnerInnen wie in Anklam oder Neklade.

»Volkszorn« und die NPD

In anderen Gemeinden wie in Eggesin, Torgelow oder Friedland versuchte die NPD durch Unterschriftenlisten, Kundgebungen und Anträge gegen die Unterbringung von Flüchtlingen die Stimmung aufzuheizen und eine neue alte Kampagne zu inszenieren. Bereits im Jahr 2003 hetzten Neonazis in mehreren Orten im Osten des Landes unter dem harmlos klingenden Titel *Bürgerinitiative »Schöner und sicherer wohnen in...«* gegen Flüchtlinge. Diese Kampagnen waren damals der erste Versuch der relativ geschlossenen Kameradschaftsszene, in weite Teile der Bevölkerung vorzudringen und Druck auf Politik und Verwaltung aufzubauen.

Aber auch ohne Initiierung durch Neonazis wurden und werden EinwohnerInnen aktiv. So marschierte in Güstrow nicht nur die NPD auf, son-

dern auch BürgerInnen protestierten gegen die geplante Gemeinschaftsunterkunft. Kurz nach Bekanntwerden der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Internat der *Deutschen Bahn* kursierte ein mit »Dettmannsdorfer-Bewohner« unterschriebenes Flugblatt. Darin heißt es unter anderem: »Zur Nacht fangen sie an, mobil zu werden, sie kochen, hören laut Musik und stören die nächtliche Ruhe«, oder »100 Asylbewerber pilgern dann jeden Tag durch unser Wohngebiet«. Während der Wortlaut stark an Neonazi-Propaganda erinnert, versuchten sich andere AnwohnerInnen mit einer Online-Petition moderater zu geben. Der Initiator, Leiter der *Kindertagesstätte Känguru*, beschwor ein vermeintliches Konfliktpotential für die Dettmannsdorfer EinwohnerInnen herauf und beklagte, dass womöglich Eltern ihren Kitaplatz kündigen werden. Erst nachdem andere GüstrowerInnen auf die Nähe der Aussagen zur Neonazi-Agitation hingewiesen hatten, zog er seinen Vorstoß zurück.

Dass es zur Entfesselung der Emotionen nicht der Propaganda von Neonazis bedarf, machte auch eine StadtvertreterInnensitzung am 02. Mai 2013 in Eggesin deutlich. Echauffierte AnwohnerInnen und schweigende, überforderte StadtvertreterInnen ebneten das Feld, ohne dass die anwesenden Neonazis als Stichwortgeber auftreten mussten. Die NPD antwortete, getragen von der aufgebrachten Stimmung, mit einer Unterschriftensammlung und einer Kundgebung auf dem Eggesiner Marktplatz.

Daran wird deutlich, dass Neonazis jene emotional aufgeladenen Debatten mit der Parole »Wir haben genug eigene Probleme« an sich reißen können, denen sich die demokratische Po-

litik oder Verwaltung verweigern oder die sie unvorbereitet und unbeholfen passieren lassen. Anknüpfend an die in den 80er und 90er Jahren populäre »Das Boot ist voll!«-Rhetorik, grenzen sich BürgerInnen und Neonazis gemeinsam von den Asylsuchenden ab.

Rechtfertigung statt Vermittlung

In Wolgast trieb der Druck un- und desinformierter Einheimischer auf lokale VerantwortungsträgerInnen zeitweilig absurde Blüten.

Um eine Flüchtlingsunterkunft in einem Afgang eines Neubaublocks einzurichten, veranlasste die Stadt Wolgast zunächst den Umzug der bisherigen BewohnerInnen aus dem modernisierten Plattenbau in danebenstehende, unsanierte Blöcke. In der Folge war es kaum verwunderlich, dass die rassistischen Projektionsleistungen derer, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, besonders leicht fielen. Schnell entstand eine bedrohliche, durch Neid und Rassismus angeheizte Atmosphäre im Wohngebiet. Ausquartierte, Asylsuchende, EinwohnerInnen und die bundesweite Presse – die auf die Situation aufmerksam geworden war – brachten den Bürgermeister dazu, mit einem Kamerateam durch die noch leerstehende Gemeinschaftsunterkunft zu wandeln. Um die Bürde derjenigen zu relativieren, die zuvor ihre Wohnungen verlassen mussten, führte der Bürgermeister ausführlich die Kargheit des zukünftigen Wohnraums der Asylsuchenden vor.

In Städten wie Neustrelitz, Sassnitz oder Barth hatte man langfristiger einen Dialog mit den EinwohnerInnen zu führen versucht und jene über Belegungsstärken und die Zunahme von Flüchtlingszahlen in Kenntnis gesetzt. Vielerorts herrschte jedoch ein

großer Rechtfertigungsdruck vor. So entgegnet VertreterInnen der Behörden landauf, landab fast schon gebetsmühlenartig, dass die Unterbringung von Asylsuchenden nicht ihre freie Entscheidung, sondern Anweisung der übergeordneten Behörden sei. An dieser Stelle schließt sich der Kreis der fortgeschobenen Verantwortung, dessen Leidtragende in letzter Konsequenz die Asylsuchenden sind. Der Wechsel aus Wegdelegieren und Hängenlassen zwischen den Institutionen sorgt von vornherein für defensives Verhalten der Kommunalpolitik, die sich häufig auf Schutzbehauptungen zurückzieht.

Nur selten werden den vorgeschobenen Zwängen Argumente für die Durchsetzung des Asyls als unveräußerliches Grundrecht entgegen gehalten. Zwar ist es nur schwer erträglich, dass solcherlei Bekenntnisse überhaupt angebracht werden müssen. Allerdings weist auch die unreflektierte Verwendung abschätziger Begriffe wie »Asylanten« durch lokale Politiker, wie beispielsweise in Eggesin oder in *Nordkurier* und *Schweriner Volkszeitung* auf die Notwendigkeit zur Sensibilisierung. Auch die Übernahme bedrohlicher Bildsprache für die Beschreibung von Migration à la »Flüchtlingswellen« in der *Ostsee-Zeitung* sind unnötige Zugeständnisse an die »Volkstod«-Märchen der Neonazis.

Dezentrale Unterbringung als Allheilmittel?

Anlässlich eines Vorlaufes von zwei Jahren für Kreise und Kommunen, um auf den neuerlichen Anstieg der Flüchtlingszahlen zu reagieren, ist das Fehlen angemessener Unterkünfte und ausreichender öffentlicher Kommunikation über die Thematik schwer nachzuvollziehen. Mal werden praktische Hindernisse angeführt, mal mögliche Konflikt-Szenarien als Vorwand konstruiert.

Nachdem beispielsweise in Vorpommern-Rügen mehrere Kommunen die Einrichtung von Gemeinschaftsunter-

künften verweigerten, entschied sich der Kreis notgedrungen, verstärkt auf dezentrale Unterbringung zu setzen. Im ersten Moment ließe sich annehmen, dass Politik und Verwaltung einen Schritt in Richtung der Forderungen antirassistischer und Menschenrechtsinitiativen gehen, die seit langem eine Abkehr von der Gemeinschaftsunterbringung fordern.

Mehrheitlich wird von den angesprochenen Gemeinden jedoch der geringfügige Rückgang des Wohnungsleerstandes und somit auch eine Verringerung des Haushaltsdefizits, als Argument für die Aufnahme Asylsuchender ins Feld geführt. Aufgrund der halbherzigen Umsetzung erinnert die konkrete Ausgestaltung in einigen Fällen letztlich eher an die Situation vor etwa zehn Jahren, als so genannte *Dschungelheime* in abgelegenen Ortschaften, ohne adäquate infrastrukturelle Rahmenbedingungen, per Erlass geschlossen wurden. Allerdings entsteht heute der Eindruck, dass die damaligen Ziele, wie eine bessere Integration ins Gemeinwesen, mitunter in Vergessenheit geraten sind. So bedeutet dezentrale Unterbringung etwa in Neklade, einem ehemaligen Zweistraßen-Dorf, das heute Ortsteil der zwei Kilometer entfernten Stadt Bergen ist, die Einquartierung von etwa 15 Menschen - in einem als Obdachlosenheim genutzten Wohnblock. Sie sind weder in das gesellschaftliche Leben der Stadt eingebunden, noch wird ihre Unterkunft von einem Sicherheitsdienst bewacht, denn dies ist für dezentral untergebrachte Flüchtlinge nicht vorgesehen.

Informieren und sensibilisieren

Es ist fraglich, ob eine derartige Praxis mit einem geeigneten Unterstützungsangebot einhergehen kann und Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe schafft. Genau diese forderte ein Antrag der demokratischen Fraktionen im Landtag bereits im April diesen Jahres. Sein Titel: »Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern –

Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben«.

Neonazi-Hetze, rassistische BürgerInnenproteste, überforderte PolitikerInnen und eine kleinmütige Landespolitik, ergeben zusammen eine Mischung, unter der vor allem die Asylsuchenden zu leiden haben.

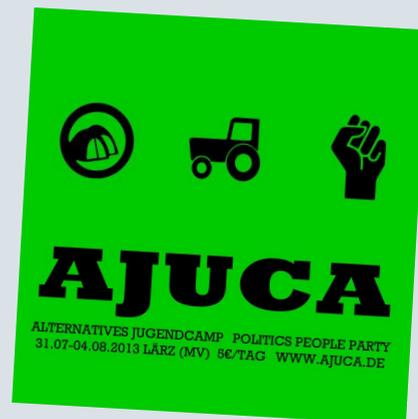
Benannter Antrag muss ein Lippenbekenntnis bleiben, wenn Gemeinden nicht zur Umsetzung bereit oder in der Lage sind und konkrete Unterstützung vom Land sowie den Kreisen ausbleibt.

Die nüchterne Herangehensweise der Behörden macht Asylsuchende zu Objekten. Mangelnde Sensibilität in der Regionalpresse hinterlässt mitunter den Eindruck, die Flüchtlinge selbst seien die Ursache des Konflikts. Der eigentliche Kern des Problems, nämlich die angemessene Gewährleistung des Grundrechts auf Asyl, gerät fast völlig außer Acht. So verwundert es kaum, dass LokalpolitikerInnen häufiger nicht in der Lage sind, BürgerInnenprotesten Argumente entgegen zu setzen und Neonazi protest entschieden zu widersprechen.

Auch dezentrale Unterbringung, wenn sie als letzter Ausweg aus der Unterbringungsnot der Kreise erachtet wird, muss mit einem konkreten Unterstützungsangebot einhergehen. Dezentrale Unterbringung in zentralen Orten und mit einem angemessenen Betreuungsangebot sollte an Stelle einer Einquartierung in entlegene Orte stehen. Die geschilderten Ereignisse in Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass die rechte Szene vor allem dort erfolgreich ist, wo Lücken hinterlassen werden. Dem ausgrenzenden *Wir*, das Neonazis zu konstruieren versuchen, kann nur eine von allen Beteiligten getragene aktive Flüchtlings- und Informationspolitik entgegengesetzt werden. Das Zurückgreifen auf bestehende Beratungsangebote und den Erfahrungsschatz ehrenamtlich Engagierter ist dafür unverzichtbar. ■

Alternatives JugendCamp

Vom 31.07. bis 04.08.13 findet zum neunten Mal auf dem Gelände des Kulturkosmos e.V. in Lärz das AJUCA statt. In einer Region, in der die Nazis feste Strukturen aufgebaut haben und eine aktive linke Gegenkultur kaum vorhanden ist, haben Jugendliche aus ganz M-V hier die Gelegenheit, sich auszutauschen, zu vernetzen und zu informieren. Es wird Vorträge und Workshops zu verschiedenen Themen geben, aber auch die Möglichkeit selbst Ideen zu entwickeln und aktiv zu werden. Ganz nebenbei entsteht so die Möglichkeit einen selbst mitgestalteten Freiraum zu nutzen, nette Leute kennenzulernen und viel Spaß zu haben. Mehr Infos gibts unter ► www.ajuca.de!



Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Beraten

Die LOBBI berät nach rassistischen, homophoben, antisemitischen und anderen politisch rechts motivierten Angriffen die direkt Betroffenen, Angehörige und ZeugInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung.

Stärken

Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenengruppen rechter Gewalt und vermittelt Netzwerkkontakte. Der Verein regt auf lokaler Ebene Prozesse an, die eine Solidarisierung mit den Opfern zum Ziel haben.

Informieren

Die LOBBI fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit. Die MitarbeiterInnen recherchieren und dokumentieren den Umfang rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Über die Situation der Betroffenen informieren wir unter anderem mit Vorträgen und Infotischen.

Kontakt

Unsere Regionalbüros

LOBBI West

Hermannstraße 35
18055 Rostock
Mobil: 0170.528 29 97
Telefon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de



LOBBI Ost

Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.844 21 89
Telefon: 0395.455 07 18
Fax: 0395.455 07 20
ost@lobbi-mv.de

LOBBI wird gefördert durch



Europäische Fonds EFRE, ESF und ELER
in Mecklenburg-Vorpommern



Unser Spendenkonto

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontnr.: 205040 594
BLZ: 130 50 000